



25. April 2008

PRESSEINFORMATION

Krankenhauswirtschaft in der Existenzkrise - das ist die aktuelle Situation, mit der sich der Vorstand des Verbands der Krankenhausdirektoren Deutschlands e. V. (VKD) am 25. April 2008 in Osnabrück befasst.

Im VKD sind die Geschäftsführer und Verwaltungsleiter praktisch aller deutschen Krankenhäuser vertreten. Sie tragen Verantwortung für die Erhaltung der Leistungsfähigkeit und die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der von ihnen geleiteten Krankenhäuser und Rehabilitationskliniken.

Gastgeber der Frühjahrsvorstandssitzung sind der niedersächsische Landesvorsitzende Norbert Wemhoff (Georgsmarienhütte) und Wilhelm Brokfeld, Vorsitzender der Fachgruppe Rehabilitation, (Bad Rothenfelde).

Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen sind Krankenhäuser oft die wichtigsten und größten Arbeitgeber am Ort. Umso unverständlicher ist es, dass die Politik es sehenden Auges zulässt, dass die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser sich weiter verschlechtert.

So gibt es weiterhin den nicht begründbaren sogenannten "Sanierungsbeitrag" der Krankenhäuser, mit denen wir dieses Jahr die Krankenkassen mit 300 Mio. € subventionieren. Nach den offiziellen Statistiken aus dem Gesundheitsministerium schreiben die Krankenkassen fast alle wieder schwarze Zahlen. Dagegen schreibt ein Drittel aller deutschen Krankenhäuser rote Zahlen.

Um Betriebsabläufe zu verbessern und zu rationalisieren, müssen die Krankenhäuser investieren. Die Bereitstellung der Investitionsmittel ist eine gesetzliche Verpflichtung der Bundesländer - dieser Verpflichtung kommen sie seit Jahren nicht mehr im erforderlichen Umfang nach. So ist es kein Wunder, dass kürzlich das RWI prognostiziert hat, dass in den nächsten Jahren ein Drittel der Krankenhäuser in der Existenz gefährdet ist.

Die jüngsten Tarifabschlüsse mit dem Marburger Bund sowie mit Verdi für die kommunalen Krankenhäuser belasten diese mit rund 1,5 Mrd. € für 2008 und 2009. Ähnlich ist die Entwicklung in den kirchlichen Krankenhäusern, deren Vergütungsstrukturen sich vergleichbar entwickeln.

Der VKD hat kein Verständnis dafür, dass bei dieser bedrohlichen Entwicklung den Krankenhäusern weiterhin die Budgetdeckung erhalten bleibt. Dazu VKD-Präsident Heinz Kölking (Rotenburg/Wümme): "Die Bundesgesundheitsministerin erklärt gern, dass für die Personalkostensteigerungen allein die Tarifparteien zuständig sind. Sie blendet dabei wohlweislich aus, dass die Bundespolitik den Krankenhausunternehmen eine Gegenfinanzierung verwehrt."

Keiner Branche wird zugemutet, dass unabweisliche Kostensteigerungen nicht in den Preisen weitergegeben werden können. Nach den Tarifverhandlungen des Staatsunternehmens Deutsche Bahn war es selbstverständlich, dass es Ankündigungen zu Erhöhungen der Fahrpreise gegeben hat.

Die im VKD zusammengeschlossenen Manager wissen, dass ihr Personal die wichtigste Ressource im Krankenhaus ist. Das Personal hat Anspruch auf eine adäquate Bezahlung. Trotz aller Rationalisierungsanstrengungen: Wir müssen die verbleibenden Kostensteigerungen in den Vergütungen weitergeben können! Ansonsten bleibt nur der Ausweg eines weiteren Personalabbaus - das führt zur Verschlechterung der Qualität, die leider auch unsere Patienten spüren werden.

Im Großraum Osnabrück gibt es in den Krankenhäusern und Rehabilitationskliniken ca. 7.500 Beschäftigte. Bei durchschnittlichen Personalkosten von € 40.000,- pro Kopf führt eine 8 %ige Personalkostensteigerung zu Mehrkosten von 24.000.000,- € Daraus resultiert rechnerisch die Notwendigkeit, 600 Stellen abzubauen, wenn die Politik es weiterhin verhindert, dass die Krankenhäuser zusätzliche Erlöse erwirtschaften.

Der VKD appelliert in seiner Vorstandssitzung in Osnabrück an die niedersächsische Landesregierung, sich den Initiativen anderer Bundesländer, wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen und Sachsen anzuschließen und in einem ersten Schritt die Subventionierung der Krankenkassen durch die Krankenhäuser zu beenden.

Die Existenzkrise mit der Gefahr der Strangulierung der Krankenhäuser ist aber erst dann gebannt, wenn die Deckelung der Krankenhausbudgets endlich aufgehoben wird.

Nähere Informationen:

Dr. Rudolf Hartwig, VKD - Referent für Öffentlichkeitsarbeit,
Alfried-Krupp-Straße 21, 45117 Essen;
Tel.: 0201/434-2330; Fax: 0201/434-2397;
E-Mail: rudolf.hartwig@krupp-krankenhaus.de

Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands e. V. (VKD)
Geschäftsstelle
Oranienburger Straße 17
10178 Berlin
Tel.: 030/28 88 59 12; Fax: 030/28 88 5915
E-Mail: vkdgs@vkd-online.de
www: vkd-online.de